

## GGG Landesverbände



**Berlin**  
Robert Giese



**Hamburg**  
Barbara Riekman



**Niedersachsen**  
Andreas Meisner



**Schleswig-Holstein**  
Cornelia Östreich



Dieser Link führt zu den Artikeln der Rubrik „Länder Spiegel“, Seite 47-52

## Berlin

### Robert Giese

#### Neue Koalition

In Berlin wurde gewählt, die Koalitionsvereinbarungen sind veröffentlicht. Sollten den Worten Taten folgen, besteht für die Gemeinschaftsschulen (GemS) und das lange gemeinsame Lernen Grund zur Hoffnung. In der Beschlussfassung schreibt die Koalition: Sie wird die Gemeinschaftsschule gezielt unterstützen und als eigenständige Schulart qualitativ und quantitativ weiterentwickeln. Es wird eine wissenschaftliche Längsschnittstudie (Jg. 1–13) durchgeführt. Die Koalition will den Bau neuer GemS sowie Fusionen vorantreiben. Sie entwickelt ein Startprogramm, mit dem für den Zeitraum der Schulumwandlung zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Ziel ist es, alle Schulen einschließlich der Gymnasien zu inklusiven Schulen weiterzuentwickeln. Es wird ein Konzept erstellt, wie die Bildungserfolge durch den Einsatz multiprofessioneller Kollegien verbessert werden können. Das Probejahr und das Abschulen der Gymnasien wird durch geeignete Maßnahmen zur Eignungsfeststellung für Kinder ohne Gymnasialempfehlung ersetzt. Die Schuldigitalisierung wird prioritär vorangetrieben.

All das klingt erst einmal positiv. Doch Papier ist geduldig. Das Netzwerk der Berliner Gemeinschaftsschulen und das Elternnetzwerk der Berliner Gemeinschaftsschulen will mit den neuen bildungspolitischen Sprechern und der Senatorin ins Gespräch kommen. Ziel ist es, den

Worten Leben einzuhauchen. Gefordert wird eine eigene Arbeitsgruppenleitung in der Bildungs-Senatsverwaltung. Dies wäre für eine qualitative Weiterentwicklung unerlässlich und für eine eigenständige Schularart nur selbstverständlich. Eine verbindliche durchgängige Zügigkeit ist eine weitere Forderung, um langfristig planbare inklusive Förderkonzepte zu erarbeiten und umzusetzen. Die Schülerzahlen sind langfristig bekannt, daher muss es dem Senat möglich sein, gemeinsam mit den Schulleitervereinigungen zu Lösungen zu kommen, ohne dass kurzfristig neue Klassen eröffnet werden müssen. Da Gymnasien sich zu inklusiven Schulen weiterentwickeln sollen, sollte eine Verteilung der Schüler auf alle Berliner Schulen ohne Selektion nach Elternhaus und Förderprognose möglich sein. Z. B. könnten Gymnasien, wie sie einst Schnelllerner-Klassen eingerichtet haben, ISS-Klassen gründen, ehe sie in der Lage sind, ernsthaft binnendifferenziert zu arbeiten. Aus der Erkenntnis, dass multiprofessionelle Kollegien zum Bildungserfolg beitragen, leitet sich die Forderung ab, Schulpsychologen an die Schulen und in die Kollegien zu holen. Unabhängig von den durch Corona verursachten Defiziten gibt es immer wieder Schüler, deren emotional-sozialer Entwicklungsstand nicht altersentsprechend ist. Um effiziente Unterstützung bieten zu können, ist das derzeitige Prozedere, in dem lediglich sehr hartnäckige, gut vernetzte und lokal flexible Eltern an zeitnahe Psychologentermine kommen, unbedingt zu verbessern.

### Corona

Im Februar 2022 wurde spontan die Präsenzpflcht ausgesetzt. Allerdings wurde von den Kollegien verlangt, die Grundschüler, die zuhause blieben, nicht nur mit Material zu versorgen, sondern auch mindestens einmal die Woche mit ihnen per Hausbesuch oder Telefonat ein Lernentwicklungsgespräch zu führen. Währenddessen sollte an den Schulen normaler Präsenzunterricht stattfinden. Dies führte unweigerlich zu einer Mehrbelastung.

Es wurde viel Geld für das Programm „Stark trotz Corona“ zur Verfügung gestellt. Allerdings ist dieses Geld nur über die Kooperation mit externen Partnern abrufbar. Das Verfahren ist höchst kompliziert, so dass es weder für die externen Partner noch für die Schulen neben den alltäglichen Herausforderungen einfach durchführbar ist. Außerdem erschwert es, schulinterne Förderprogramme zu installieren, vorhandene Schulstrukturen zu nutzen und mithilfe des Geldes auszubauen wie z. B. Schüler unterstützen Schüler.

Die schriftlichen MSA-Prüfungen werden in diesem Jahr lediglich als Klassenarbeit gewertet, die Präsentationsprüfungen finden statt. Die Abiturprüfungen werden durchgeführt, allerdings mit Erleichterungen, die aber noch diskutiert werden. Diese können z. B. Zeitverlängerung oder Wahlmöglichkeiten sein.

### Netzwerkarbeit

Das Netzwerk der Berliner Gemeinschaftsschulen trifft sich regelmäßig. Nachdem die Teilnehmerzahl über Monate sehr gering war, wurden einige Tref-

fen genutzt, um über die grundsätzliche Zusammenarbeit zu sprechen. In Zukunft werden die Treffen abwechselnd digital und präsent stattfinden, um sowohl die Vorteile der einen Form (kein Anfahrtsweg, Möglichkeit, zeitgleich in der eigenen Schule ansprechbar zu sein) als auch der anderen (persönlicher Kontakt, „Kaffee-Pausen-Gespräche“, Kennenlernen der unterschiedlichen GemS) zu nutzen. Des Weiteren werden den Sitzungen konkrete Themen zugeordnet, so dass auch Nicht-Schulleiter gezielt angesprochen und eingeladen werden können, die sich für die Thematik interessieren bzw. sich aktiv einbringen möchten.

Aufgrund des aus dem Netzwerk heraus gegründeten Verbands der Schulleiter:innen der GGG werden Vertreter des Netzwerkes zu Schulleiterberatungen hinzugezogen. Dieser Verband wird in der kommenden Zeit Forderungen und Anliegen des Netzwerkes vertreten. Themen, die aufgegriffen werden sollen, sind neben den im ersten Abschnitt angesprochenen folgende: Abminderungsstunden für die stv. Grundstufenleitung (Funktionsstellen für Grundstufen in schwieriger Lage), Mittelstufenleiter:innen auch bei Dreizügigkeit, Geschwisterregelung (grundsätzlich müssen Geschwister Vorrang – Jg. 1–13 – bei der Aufnahme haben), Einschulungsbereich 50/50 (Hälfte aus dem Einschulungsbereich, Hälfte von außerhalb).

Diskutiert wurde auch die Idee, als inklusiv arbeitende Schule von den Fördermitteln für Schwerpunktschulen zu profitieren, indem einzelne GemS offiziell Schwerpunkte benen-

nen und dennoch weiterhin all-gemein inklusiv arbeiten. Diese Idee wurde aber verworfen, da nicht sichergestellt ist, dass Mittel der Pilotphase erhalten bleiben. Vor allem aber sind GemS eine Schule für alle, daher ist der Begriff Schwerpunkt eindeutig falsch.

## Hamburg

### Barbara Riekmann

Der Landesverband Hamburg hat den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zum Anlass genommen, die bildungspolitischen Sprecher:innen der Hamburger Bürgerschaftsfraktionen nach ihrer Einschätzung hierzu zu befragen. Alle standen Rede und Antwort für ein halbstündiges Interview und gaben anschließend live und in Farbe gerne auch ein persönliches, filmisch dokumentiertes Statement ab. Im Zentrum der Interviews stand die Frage, wie langfristig Kinderarmut bekämpft und mehr Bildungsgerechtigkeit hergestellt werden könnte. Gefragt wurde zudem, wie Schule in Zeiten von Corona und danach gestaltet werden sollte. Wir waren überrascht, wie hoch der Grad der Übereinstimmung bei aller erwarteten Unterschiedlichkeit war.

Wer mehr wissen möchte, kann die Zusammenfassungen der Interviews und die Statements auf unserer Homepage finden:  
► <https://ggg-web.de/z-hh-diskurs/268/1758>.

Im November 2021 hat die neu eingerichtete AG Lernkultur interessierte Kolleg:innen zur ers-

ten „didaktischen Feuerstelle“ eingeladen. In einer Zeit, in der die „pädagogische“ Diskussion fast ausschließlich um Lernrückstände und Verhaltensveränderungen von Schüler:innen kreist, will die AG einen Kontrapunkt setzen und dazu anregen, gemeinsam über sinnstiftenden Unterricht nachzudenken und damit auf die herausfordernden aktuellen Situationen gute pädagogische Antworten zu finden. Jede Feuerstelle findet online im Umfang von 1,5 Stunden statt; ein niedrigschwelliges Format, an dem sich viele Menschen beteiligen können. Die erste Feuerstelle fragte nach der Bildungshaltigkeit von Inhalten und erarbeitete sehr praktisch anhand eines konkreten Themas („Der Wald“) hierfür lernrelevante Auswahlkriterien. Der Aspekt für die zweite Feuerstelle soll die Frage guter und aktivierender Einstiege sein.

Aus aktuellem Anlass hat der Landesvorstand im Februar 2022 ein Ad-hoc-Forum zum Thema „Außergewöhnliche Antworten auf außergewöhnliche Umstände“ durchgeführt. Im Vordergrund stand die Frage der Umsetzung des 34-Millionen-Förderpaketes, mit dem die Folgen der Pandemie abgeschwächt werden sollen. Insbesondere die Tatsache, dass ein erheblicher Teil des Geldes, 26 Millionen, für zusätzliche Angebote in den Ferien und für Förderkurse nach dem Unterricht eingesetzt werden soll, führte zu deutlicher Kritik. An dem Forum beteiligten sich mehr als vorher auch Eltern und Schüler:innen. Sie fordern, dass die Förderangebote nicht additiv sein, sondern in den Unterricht integriert werden sollen. Zudem wurde von den Eltern hervorgehoben, dass auch

Geld für Unternehmungen in die Hand genommen werden soll, die in der Pandemie vernachlässigt wurden: für Chöre, Orchester, Klassenreisen, Projekte usw.

Die Sprecher:innen der Schulleiterinnen-Vereinigung der GGG in Hamburg haben parallel dazu in einer Presseerklärung gefordert, dass die Unterstützungsmaßnahmen insbesondere für Schüler:innen mit psychischen und sozialen Beeinträchtigungen in integrierten Lerngruppen in den Schulen stattfinden sollen; dies sollte durchschnittlich mit je einer halben Stelle Schulpsychologie und einer halben Stelle Sozialpädagogik ausgestattet sein. Bisher ist geplant, dass 8 Mio. des Paketes für die Einstellung von Schulpsychologen verwendet werden sollen, diese Stellen aber nicht an die Schulen, sondern an die regionalen Bildungs- und Beratungszentren angebunden sein sollen. Vermutlich wird jedoch insbesondere in den Großstädten die Frage der schulischen Versorgung der geflüchteten Kinder aus der Ukraine in den kommenden Monaten das alles beherrschende Thema sein. Die Schulbehörde hat Anfang März ein 10-köpfiges Krisenteam gebildet, das die Wege zur Bewältigung dieser gewaltigen humanitären Aufgabe ebnen soll.

## Niedersachsen

**Andreas Meisner**

### 50 Jahre Gesamtschulen in Niedersachsen

Am 12.10.2021 feierten fast 200 Gäste das 50 jährige Bestehen von Gesamtschulen in Niedersachsen, darunter Ministerpräsident Stefan Weil, Kultusminister Grant Hendrik Tonne, die GEW-Vorsitzende Laura Poth und die ehemaligen GGG-Landesvorsitzenden Gerd Hildebrandt und Susanne Pavlidis sowie Vertreter politischer Parteien, wie Julia Willie Hamburg, Bündnis 90/Die Grünen, und Stefan Politze, SPD.

Die Feststunde wurde von den beiden Bildungsverbänden GEW und GGG gemeinsam organisiert und in der IGS Langenhagen durchgeführt.

Begrüßt wurden die Gäste von Timo Heiken, Schulleiter der IGS Langenhagen, Isabel Roja, Fachgruppe Gesamtschulen der GEW, und Andreas Meisner, Landesvorsitzender GGG.

Alle drei betonten in ihren Ansprachen den besonderen Wert der Schulform Gesamtschule sowie den Reformwillen der mittlerweile 132 Gesamtschulen in Niedersachsen und unterstrichen, dass es bessere Rahmenbedingungen für die Schulform geben müsse.

Laura Poth, GEW-Landesvorsitzende, forderte für die Gesamtschulen eine essentielle Verbesserung der Ressourcen und stellte den besonderen Wert der Gesamtschule als Fundament einer demokratischen Gesellschaft heraus.

Ministerpräsident Weil lobte das Engagement der Gesamtschulen. „Das, was 1971 noch

als Sensation galt und vielerorts heftige Widerstände auslöste, hat sich heute zu einer wahren Erfolgsgeschichte entwickelt.“ Und Kultusminister Tonne: „Die Integrierte Gesamtschule ist heute nicht mehr aus unserer Schullandschaft wegzudenken.“ Beide bedankten sich bei den Lehrkräften, Schulleitungen, Eltern, Schülerinnen und Schülern für ihre Arbeit (Pressestelle MK, 12.10.21).

Dass Weil an dieser Stelle nicht auf die Forderungen nach struktureller Veränderung im Schulsystem einging, war nicht anders zu erwarten. Ganz deutlich wurde indes, dass es für ihn ein Zurück in die ideologischen Grabenkämpfe gegen die Gesamtschule nicht mehr geben dürfe. Die Festrednerin Marianne Demmer erläuterte unter dem Motto „Aus uns ist was geworden“ unterschiedliche Szenarien zur Entwicklung des Schulsystems und setzte sich kritisch mit dem „Zwei-Säulen-Modell“ auseinander.

Alle Gründungsschulen stellten im Eingangsbereich vor der Aula ihre pädagogischen Schwerpunkte dar – mit Filmen, Plakaten, Postern: Dokumente besonderer pädagogischer Arbeit, nach 50 Jahren (immer noch) beeindruckend.

Die IGS Langenhagen glänzte als perfekter Gastgeber mit Organisation und Service!

Eine Festschrift ist im Entstehen; sie wird Beiträge von Dieter Galas, Gerd Hildebrandt, Wolfgang Kuschel und Eberhard Brandt enthalten.

Filmische Impressionen der Feier sind auf der Homepage des Landesverbandes Niedersachsen zu finden:

► <https://ggg-niedersachsen.de/aktuell/weiter-lesen/50-jahre-gesamtschule-in-niedersachsen-feir-in-der-igs-langenhagen.html>

► <https://ggg-web.de/z-ni-aktivitaeten/1562#bericht>

## Schleswig-Holstein

**Cornelia Östreich**

### GGG-Aktivitäten im Zeichen der Landtagswahl

Die Aktivitäten der GGG Schleswig-Holstein waren in den letzten Monaten von der Landtagswahl bestimmt, die in unserem Bundesland am 8. Mai 2022 stattfand. Unmittelbar im Anschluss an die Mitgliederversammlung mit Wahlen (s. vorigen Bericht) hielt der neue Vorstand eingehende Gespräche mit den Schulaufsichten über Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe ab und verfasste Stellungnahmen zu den Wahlprogrammen von CDU und SPD.

Eine Erklärung zur angespannten Personalsituation wurde mit Bitte um Unterstützung an die Schulen verschickt und veröffentlicht: ► <https://ggg-web.de/z-sh-diskurs/262-sh-stellungnahmen/1859-sh-personalnotstand-an-den-gemeinschaftsschulen-2022-04>

In Schleswig-Holstein haben bekanntlich insbesondere Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe, aber auch Grund- und Förderschulen dramatische Schwie-

rigkeiten, qualifiziertes Personal zu gewinnen – s. auch im Folgenden. Zugleich erstellte der neue Landesvorstand Wahlprüfsteine, die in der Vollversion im Newsletter Nr. 18 veröffentlicht sind:

► <https://ggg-web.de/sh-diskurs/sh-publikationen/sh-newsletter/1733-sh-newsletter-18-ist-da-2021-12-18>

Allerdings gaben die schleswig-holsteinischen Parteien in der Folge recht enge Bedingungen bekannt, um sich mit solchen Zuschriften zu befassen: Nicht mehr als acht Fragen durften es sein, und auch die Zeichenzahl wurde begrenzt. Also hieß es, sich aufs Wesentliche zu beschränken.

Auf die so überarbeiteten Wahlprüfsteine erhielt die GGG immerhin aussagekräftige Antworten von allen angeschriebenen Parteien: ► <https://ggg-web.de/z-sh-diskurs/262/1857>.

Die Parteien schickten überdies je eine\*n Vertreter\*in auf das Podium unserer bildungspolitischen Online-Diskussion am 25. April. (Diese Diskussion wurde aufgezeichnet und ist unter:

► <https://www.youtube.com/watch?v=Mmb9aTAcGEE> abrufbar.)

Die Runde begann mit der Feststellung einer überregionalen Zeitung, dass, anders als 2017, die Bildungspolitik beim diesjährigen Wahlgang keine Rolle zu spielen scheine. Das sahen die Beteiligten glücklicherweise anders – auch wenn ihre Ansätze sich im Einzelnen deutlich unterschieden. Nach der „ersten bildungspolitischen Tat unmittelbar nach der Wahl“ gefragt, nannten immerhin zwei Vertreter der schleswig-holsteinischen

„Jamaika-Koalition“ eine verbesserte personelle Ausstattung auch der Gemeinschaftsschulen – übereinstimmend mit der weiter oben angesprochenen Initiative.

Noch weiter gingen die Oppositionsparteien SPD, Linke und SSW: mit Forderungen nach einem „echten Ganztag“, einem pädagogischen Schwerpunkt in der Lehrkräfteausbildung, einem „Kassensturz“ hinsichtlich der Auswirkungen der Pandemiesituation im Bildungswesen und dem Verbot der sog. Abschulungen. Seitens der Linken wurde sogar das jetzt in Schleswig-Holstein vorhandene „Zwei-Säulen-Modell“ in der Sekundarstufe gänzlich in Frage gestellt.

Auch wer dieses, mindestens unter Berufung auf den hiermit angeblich erzielten „Schulfrieden“, erhalten wissen wollte, stimmte meist den folgenden Punkten zu:

- Viele Gymnasien leisten nicht den Beitrag zur Inklusion, zu dem sie nach dem geltenden Schulgesetz verpflichtet wären.
- Gymnasial ausgebildete Lehrkräfte finden nicht in hinreichender Anzahl den Weg an die Gemeinschaftsschulen – wo sie aber dringend benötigt würden.
- Dass an den Gemeinschaftsschulen 500 Lehrkräfte ohne jegliche schulische Ausbildung tätig sind, verglichen mit 50 an den Gymnasien, ist unhaltbar!
- Die Gemeinschaftsschulen leisten wichtige pädagogische Arbeit und sind bei Eltern wie Schüler\*innen sehr nachgefragt.

■ Sie bereiten auf alle Abschlüsse gleichermaßen vor. (Dieser Punkt in der Debatte war besonders wichtig, da in einigen Wahlprogrammen angeklungen war, das Abitur sei die eigentliche Domäne der Gymnasien.)

■ In allen Landkreisen müssen in Zukunft sämtliche Schularten und Abschlüsse für Schüler\*innen regional erreichbar sein. Dies bedingt den Zubau von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen z. B. an der Westküste.

Der SSW schlug, „nordisch-pragmatisch“, eine Experimentierklausel in Hinblick auf deren Größe und Organisation vor. Zurückhaltender zeigten sich die anderen Parteien.

Aufschlussreich war der Hinweis, dass Anträge auf die Einrichtung neuer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen – bei Vorliegen der gesetzlichen Bedingungen – eher seitens des Ministeriums genehmigt würden als durch die Schulträger vor Ort. Die GGG wird also, unabhängig vom Ausgang der Landtagswahl, einzelne GemS noch stärker in ihrem Wunsch nach einer Oberstufe unterstützen und auch daran mitwirken, hinderliche Zuständigkeitskonflikte aufzubrechen.

Hitziger wurde die Debatte noch einmal, als es um die Praxis der o. g. Abschulungen, Sinn und Unsinn von Schulartempfehlungen und das zugrundeliegende Menschenbild ging. Was „Leistung“ in der Schule bedeutet und welcher Stellenwert ihr zukommt, wann Kinder ihre wesentlichen Entwicklungsschritte machen und zu welchem Zeitpunkt eine Entscheidung über

ihre künftige Schullaufbahn fallen sollte: Darüber gab es in der Runde keine Einigkeit.

Verschärft gesagt, entstand doch wieder der Eindruck, dass das Gymnasium ohne eine Schulform, die als „tieferstehend“ definiert wird, nicht existieren könne.

In ihren abschließenden Statements fokussierten sich jedoch fast alle Podiumsgäste auf den Wert individueller Förderung und die Ablehnung sozialer Segregation. Die Möglichkeiten, welche der Digitalpakt und andere Bundesprogramme zur besseren Ausstattung von Schulen bieten, wurden ausdrücklich gelobt.

(Wo es dennoch bei der Umsetzung „hakt“, s. letzten Absatz.) Die Veranstaltung moderierte Dieter Zielinski; den Standpunkt der GGG vertrat gegenüber den Parteien Christa von Rein. Das zugeschaltete Publikum beteiligte sich mit kritischen Nachfragen und zahlreichen Diskussionsbeiträgen.

Dass auch nach mehr als zwei Jahren Corona-Pandemie noch weitreichender Handlungsbedarf in Bezug auf die Möglichkeiten unserer Schulen, mit digitalen Medien arbeiten zu können, besteht, zeigt eine weitere, von uns am 24. 2. 22 durchgeführte Online-Konferenz. Dazu hatten wir Vertreter\*innen aus

den Schulen unter dem Thema „Digitalisiertes Lernen ist eine Herausforderung für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler. Welche Chancen bietet es? Inwiefern müssen sich Lehren und Lernen verändern?“ eingeladen. Zwar hat sich an den Schulen etwas bewegt, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt des Engagements der Lehrkräfte, dennoch fehlt es mancherorts noch an Infrastruktur, Verfügbarkeit von digitalen Endgeräten sowie didaktischen Konzepten. Die teilnehmenden Lehrkräfte und Schulleitungen signalisierten, dass es ohne zusätzliche qualifizierte Unterstützung von außen und hinreichende Zeitressourcen nicht ginge.



**GGG Kärtchen** im Format A6  
und A3 Plakate  
gibt es kostenfrei in unserer  
Geschäftsstelle

► [geschaeftsstelle@ggg-web.de](mailto:geschaeftsstelle@ggg-web.de)

*Wenn sie sich Notizen machen  
oder weitergeben – und ganz neben-  
bei auf die GGG aufmerksam  
machen wollen –, dann haben wir  
für Sie:*

*die GGG-Karte – auch als  
Postkarte verwendbar.*

*Schreiben Sie einfach eine Mail  
an Sabine Schmitt in unserer  
Geschäftsstelle. Sie schickt Ihnen  
die gewünschte Anzahl. Und wenn  
Sie sie in der Nachricht persönlich  
ansprechen, macht sie dies mit  
doppelter Freude.*